

**Gustav-Heinemann-Akademie  
der Friedrich-Ebert-Stiftung  
Freudenberg**

**Eine neue Ostpolitik  
für die  
Europäische Gemeinschaft**

Juni 1988

## Vorwort

Die Rolle Europas in der internationalen Politik wird in der vor uns liegenden Zeit wachsen. Insbesondere auf die EG kommen neue Aufgaben der Zusammenarbeit nach innen und der gemeinsamen Politik nach außen zu. Die meisten der klassischen innenpolitischen Probleme wie Wirtschafts- und Strukturpolitik, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Energie- und Umweltpolitik sind heute nur noch im europäischen Maßstab zu lösen.

Die neue Rolle der EG in der Weltpolitik, die "Europäisierung" Europas und die bis Ende 1992 vorgesehene Errichtung eines einheitlichen EG-Binnenmarktes stellen neue Herausforderungen für die europäische Integration dar. Die EG darf bei der Entwicklung ihrer inneren wirtschaftspolitischen Zielsetzungen und bei der Erarbeitung einer gemeinsamen Außenpolitik ihre Beziehungen zu Osteuropa nicht außer Acht lassen. Der Prozeß der europäischen Integration wird auch daran zu messen sein, was für ein Verhältnis die EG zu den Ländern Osteuropas entwickelt. dies gilt sowohl für die wirtschafts- als auch für die friedenspolitische Zusammenarbeit. Eine Neue Europäische Friedensordnung bzw. ein "gemeinsames Haus Europa" als Perspektive einer Friedenspolitik ohne Verfeindung und jenseits der Abschreckung mit Massenvernichtungswaffen verlangt auch die Intensivierung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen der EG und den osteuropäischen Ländern des RGW. Die Unterzeichnung der "Gemeinsamen Erklärung" zwischen EG und RGW sowie die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen EG und RGW-Mitgliedsländern ist dabei ein erster Schritt.

Wir präsentieren hiermit das Ergebnis einer wissenschaftlich-politischen Konferenz über die Notwendigkeit und die Perspektiven einer Ostpolitik der EG, auf der Wissenschaftler, Politiker und Verwaltungsfachleute, die sich mit dieser Frage

A 89-2062

Herausgegeben von der  
**Gustav-Heinemann-Akademie**  
 der Friedrich-Ebert-Stiftung  
 Krottorfer Str.  
 5905 Freudenberg

Redaktion: Thomas Meyer, Reimund Seidelmann

Produktion: SP-Verlag, Marburg

beschäftigen, ihre Erfahrungen ausgetauscht und Gedanken für eine Zukunftskonzeption entwickelt haben. Diese Broschüre will vor allem der Intensivierung der Diskussion über die zukünftige Europapolitik in der politischen Willensbildung und der politischen Bildungsarbeit dienen.

Ausgangsmaterial für den Text waren Arbeiten von Norbert Gresch, Klaus Hänsch, Jiri Kosta, Christian Meier, Volker Rittberger, Klaus Schneider, Hans-Jochen Seeler, Reimund Seidelmann, Heinz Timmermann und Günter Trautmann sowie die Diskussion der Arbeitskonferenz über die Ostpolitik der EG am 08.-10.01.1988 in Freudenberg. Die Redaktion und damit die inhaltliche Verantwortung lag bei Thomas Meyer und Reimund Seidelmann.

Juni 1988

Siegbert Heid, Leiter der Abteilung Politische Bildung der  
Friedrich-Ebert-Stiftung

PD Dr. Thomas Meyer, Direktor der Gustav-Heinemann-Akademie  
Freudenberg

Dr. Klaus Hänsch, MdEP, Düsseldorf

Dr. Hans-Joachim Seeler, MdEP, Hamburg

PD Dr. Reimund Seidelmann, Prof. a.D., Universität Gießen

## 1. Problemstellung

Im traditionellen Verständnis ist Ostpolitik in erster Linie nationalstaatliche Politik; als Teilbereich von Außenpolitik unterliegt sie nationaler Legitimation und Kompetenz. Auch dort, wo sie wie im KSZE-Prozeß multilaterale Gestalt angenommen hat oder wo sie in NATO oder Eruopäischer Politischer Zusammenarbeit (EPZ) abgestimmt wird, ist sie in erster Linie nationale Politik. Die Forderung, zusätzlich zu den nationalen Ostpolitiken der westeuropäischen Länder auch eine Ostpolitik der EG zu formulieren und umzusetzen, läßt sich mit dem Hinweis auf bessere Wirksamkeit begründen: Vergemeinschaftung ermöglicht eine bessere Durchsetzung westeuropäischer Interessen. Sie bündelt politische Potentiale, überwindet Widersprüche zwischen nationalen Politiken und verhindert, daß westeuropäische Länder gegeneinander ausgespielt werden. So können der politische Gestaltungs- und Ordnungsanspruch der Sozialdemokratie auch überzeugender und wirksamer durchgesetzt und der westeuropäische Integrationsprozeß vorangetrieben werden.

Neben diesen allgemeinen gibt es auch besondere Gründe, die eine Ostpolitik der EG erforderlich machen:

Erstens spielt die Ost-West-Wirtschaftskooperation in der Ostpolitik eine wichtige Rolle. Mit der Übertragung der Außenhandelskompetenzen an die EG, mit dem weiteren Ausbau der wirtschaftlichen Integration Westeuropas und der immer stärkeren globalen Rolle der EG ist es aber auch notwendig, der EG eine aktive Rolle beim Ausbau der Ostpolitik zuzuweisen.

Zweitens sieht die im Juli 1987 in Kraft getretene Einheitliche Europäische Akte eine stärkere Zusammenarbeit der EG-Mitgliedsländer bei den politischen und wirtschaftlichen Aspekten von Sicherheit vor. Wenn Ost- und Entspannungspolitik als wesentlicher Teil von Sicherheitspolitik verstanden werden, müssen EPZ und EG auch einen initiativen Beitrag dazu leisten.

Drittens ergibt sich mit der Wiederaufnahme der Entspannungspolitik nach 1985/86, markiert durch den Vertrag über die doppelte Null-Lösung bei den INF-Systemen, ein größerer ostpolitischer Handlungsspielraum. Dieser muß auch genutzt werden, wenn europäische Interessen in der Ost-West-Zusammenarbeit zur Geltung gebracht werden sollen.

Viertens erfordert die Gorbatschow'sche Reformpolitik eine neue Ostpolitik der Westeuropäer, bei der die Möglichkeiten der EG aktiv eingesetzt werden müssen - dies gerade angesichts der Bedeutung der Ost-West-Wirtschaftskooperation für die UdSSR und die osteuropäischen Länder.

Schließlich erfordern die neuen Beziehungen bzw. die laufenden Verhandlungen zwischen EG und RGW einerseits und EG und einzelnen RGW-Ländern andererseits nicht nur eine Diskussion über Ziele, Mittel und Strategien dieser EG-Politik sondern auch eine Auseinandersetzung mit der Frage, wie solche Verträge in den Rahmen einer Gesamtkonzeption einer EG-Ostpolitik eingepaßt werden können und welche Rolle diese EG-Ostpolitik für die Entwicklung und Durchsetzung einer zweiten Phase der Entspannungspolitik spielen kann. Hierbei geht es nicht nur um die Politik der EG-Kommission sondern auch um deren Kontrolle, Ergänzung und Vertiefung durch die Arbeit des Europäischen Parlaments. Darüber hinaus geht es dabei auch um das Verhältnis von EG-Politik und nationalen Politiken.

ken.

von Sozialistischer Fraktion im EP und sozialdemokratischer Bundestagsfraktion bzw. anderen sozialistischen/sozialdemokratischen Fraktionen in den nationalen Parlamenten und schließlich zwischen dem Bund der Sozialdemokratischen Parteien in der EG (BSPEG) und der SPD.

## 2. Stand der EG-RGW-Verhandlungen

Die Beziehungen zwischen EG und RGW lassen sich in drei Phasen gliedern: strikte Ablehnung der EG durch die UdSSR bis 1971, unterschiedliche Zielsetzungen 1972-1984, Annäherung und erste Vertragsabschlüsse seit 1984/85.

In der ersten Phase sah die UdSSR die EWG als wirtschaftspolitische Fortsetzung einer antisozialistischen Politik gegen die UdSSR und den Ostblock, als Aufbau eines imperialistischen Machtkomplexes im Interesse des westeuropäischen Monopolkapitals und als Ergänzung der NATO. Wirtschaftliche Wachstumserfolge, Integration und Aufbau eine EG-Entwicklungspolitik werden dabei als Bedrohung des europäischen und internationalen Einflusses der UdSSR und als Bedrohung des Kommunismus schlechthin verstanden. Als Folge dieser Einschätzung lehnte die UdSSR - und damit der RGW - bereits jede Art von offizieller Anerkennung der EWG als Völkerrechtssubjekt ab.

In der zweiten Phase ändert sich diese Einstellung der UdSSR. Im Zusammenhang mit der allgemeinen Entwicklung der Entspannungspolitik seit 1969 und aufgrund des starken Interesses der RGW-Länder an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Westen griff der RGW das Angebot der Staats- und Regierungschefs der EG vom Oktober 1972 auf, als Beitrag zur Entspannung Handelsbeziehungen aufzunehmen, und lud im November 1974 zu einem Gespräch über die zukünftige Zusammenarbeit nach Moskau ein. Dies muß auch vor dem Hintergrund gesehen werden,

daß zum 31.12.1974 die bilateralen Handelsabkommen von EG-Ländern mit RGW-Ländern abliefen. Die Phase 1974-1984 ist auf der einen Seite durch zahlreiche Spitzen- und Expertentreffen und auf der anderen Seite durch unterschiedliche Zielsetzungen gekennzeichnet. Die EG verfolgt den "parallelen" Ansatz: sie bietet seit 1974 allen Staatshandelsländern und insbesondere den osteuropäischen RGW-Ländern bilaterale Handelsverträge mit der EG an und schlug 1976 erstmals vor, zwischen EG und RGW ein Abkommen über Arbeitsbeziehungen abzuschließen. Der RGW dagegen schlug 1976 vor, in einem EG-RGW-Rahmenabkommen alle handels-, wirtschaftspolitische und andere Fragen zu regeln. Die EG-Kommission begründete ihre Ablehnung des sowjetischen Wunsches nach einem EG-RGW-Rahmenabkommen wie folgt:

Erstens habe der RGW - im Gegensatz zur EG - als lediglich multilaterale Organisation keine rechtliche Legitimation, ein für seine Mitgliedsländer bindendes Rahmenabkommen mit der EG abzuschließen.

Zweitens würde dies die politische Dominanz der UdSSR im Ostblock in den Bereich des Ost-West-Handels mit der EG vertraglich festschreiben.

Drittens erlaube gerade der parallele Ansatz, auf die unterschiedlichen Bedingungen und Interessen der einzelnen RGW-Länder individuell und flexibel einzugehen. Dies werde auch von einzelnen RGW-Mitgliedsländern so gewünscht.

Die dritte Phase ist durch den Wandel in der sowjetischen Position und durch die Aufnahme konkreter Verhandlungen über Arbeitsbeziehungen gekennzeichnet, die im Juni 1988 zur Unterzeichnung einer "Gemeinsamen Erklärung" führen. Nachdem bereits im Juni 1984 das RGW-Gipfeltreffen den parallelen Ansatz der EG akzeptiert, brachte Gorbatschow im Mai 1985

anlässlich eines Moskaubesuches des Ratspräsidenten Craxi zum Ausdruck, daß er die EG als Völkerrechtssubjekt voll anerkenne und die Aufnahme offizieller Arbeitsbeziehungen befürworte. Das Einschwenken der UdSSR auf die Linie der EG muß nicht nur vor dem Hintergrund sowjetischer Wirtschaftsreformen sondern auch im Zusammenhang mit den sowjetischen Plänen gesehen werden, den RGW weiter zu integrieren und stärker auf die UdSSR auszurichten.

Der Stand der EG-RGW-Beziehungen ist zurzeit wie folgt:

1. Bei der "Normalisierung" der Beziehungen zwischen EG und den einzelnen europäischen RGW-Ländern:

Rumänien: Seit April 1987 laufen Verhandlungen zur Ergänzung und Erweiterung des Handelsabkommens von 1980; angestrebt ist ein Handels- und Kooperationsabkommen.

Ungarn: Seit Juni 1987 laufen Verhandlungen über ein Handels- und Kooperationsabkommen, das möglicherweise noch 1988 unterzeichnet wird.

CSSR: Seit Juni 1987 laufen Verhandlungen über ein Handelsabkommen über Industrieprodukte, das möglicherweise noch 1988 unterzeichnet wird.

Polen: Seit 1987 laufen Sondierungsgespräche über ein Handelsabkommen, die zur Zeit nicht vorankommen.

Bulgarien: Wie bei Polen.

DDR: Erste Gespräche über ein Handelsabkommen finden im Juni 1988 statt.

UdSSR: Sondierungsgespräche über ein weitgefächertes Kooperationsabkommen haben im März 1988 begonnen.

2. Bei der Aufnahme "offizieller Beziehungen" zwischen EG und RGW:

Seit September 1986 wird an einer "Gemeinsamen Erklärung" von EG und RGW gearbeitet, mit der diplomatische Beziehungen etabliert werden und die den Rahmen für zukünftige Zusammenarbeit absteckt. Nachdem der RGW im Mai 1988 seine Widerstände gegen die Aufnahme einer Berlin-Klausel aufgegeben hat, ist die Erklärung im Juni 1988 paraphiert und unterzeichnet worden.

Die EG-Kommission weist im Rahmen ihres parallelen Ansatzes der "Normalisierung" der bilateralen Beziehungen zwischen EG und den einzelnen europäischen RGW-Ländern Priorität zu. "Normalisierung" bedeutet die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen EG und der UdSSR sowie einigen europäischen RGW-Ländern nach Unterzeichnung der "Gemeinsamen Erklärung", die grundsätzliche Bereitschaft der EG zum Abschluß bilateraler Abkommen mit den europäischen RGW-Ländern und der Verzicht auf Störmanöver bei multilateralen Verhandlungen, an denen die EG teilnimmt (z.B. internationales Zuckerabkommen). Die EG-Kommission schätzt auch nach Aufnahme offizieller EG-RGW-Beziehungen die Zukunft einer direkten Kooperation zwischen EG und RGW zurückhaltend ein. Dabei wird insbesondere auf die grundsätzlichen Unterschiede der Wirtschaftssysteme und des industriellen Entwicklungsstandes, die Schwierigkeiten des RGW, schnell und flexibel auf den westlichen Markt einzugehen sowie auf grundlegende Probleme wie die Nichtkonvertierbarkeit osteuropäischer Währungen hingewiesen.

Das Europäische Parlament hat 3 interparlamentarische Delegationen gebildet, die ihre offizielle Arbeit nach Unterzeich-

nung der "Gemeinsamen Erklärung" aufgenommen haben. Die Sozialistische Fraktion im EP, die seit 1985 mehrere Delegationsreisen in die UdSSR und die osteuropäischen RGW-Länder durchgeführt hat, sieht die Perspektiven für die EG-RGW- und die bilaterale Kooperation positiver. Sie drängt auch aus politischen Gründen auf rasche Fortschritte in den Verhandlungen, wobei allerdings auch auf die Rüstungskontrollpolitische Kompromißbereitschaft sowie die Entwicklung von Demokratie und Menschenrechten im Ostblock Bezug genommen wird. In diesem Zusammenhang wird auf den KSZE-Prozeß verwiesen, wo wirtschaftliche, soziale und politische Reformen in der UdSSR und den osteuropäischen Ländern nur vor dem Hintergrund positiver Wirtschaftsentwicklungen in den jeweiligen Ländern durchgesetzt und abgesichert werden. Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen EG- und RGW-Staaten sind dabei hilfreich, drastische Verringerungen der Verteidigungslasten aber ebenso notwendig wie leistungssteigernde Wirtschaftsreformen im Inneren zwingend.

### 3. Wirtschaftsbeziehungen zwischen EG- und RGW-Ländern

Obwohl die Entspannungspolitik der siebziger Jahre zu einer drastischen Ausweitung der Ost-West-Wirtschaftskooperation geführt hat, ist der Anteil des RGW-Handels am Außenhandel der OECD-Länder verhältnismäßig gering und tendenziell rückläufig; er lag in den vergangenen 16 Jahren zwischen 2 % und 4 %. Umgekehrt lag der Anteil der OECD am Außenhandel der RGW-Länder zwischen 20 % und 35 %. Die europäischen RGW-Länder hatten 1986 nur einen Anteil von 5,9 % an den EG-Ausfuhren und 7,6 % bei den Einfuhren. Zur Mitte der achtziger Jahre ist der Trend ungünstig, die quantitative wie auch die qualitative Bedeutung der RGW-Länder für die EG ist nicht nur gering, sondern nimmt auch ab. Hinzu kommt eine asymmetrische Gewichtung; während der Westhandel für die RGW-Länder

einen wesentlichen und qualitativ bedeutenden Teil ihres Außenhandels ausmacht, schlägt der Osthandel für die EG mit unter 5 % am Außenhandel nur geringfügig zu Buche. Für die Bundesrepublik Deutschland ist die Bedeutung des Osthandels am gesamten Außenhandel noch von 4,5 % (1985) auf 4 % (1986) gesunken.

Die Ursachen, die bislang dem entspannungspolitisch gewünschten Ausbau der EG-RGW-Wirtschaftsbeziehungen entgegen gewirkt haben, sind die strukturelle Schwäche der RGW-Wirtschaften, die verschlechterten Weltmarktbedingungen und die Handels-, Kredit- und Technologiepolitik des Westens. Die Leistungsschwäche der zentral-planwirtschaftlichen Wirtschaftssysteme liegen in den allgemeinen Mängeln solcher Wirtschaftsordnungen, die insbesondere beim Übergang von extensiven zum intensiven Wachstum zutage treten. Hinzu kommt die steigende Verschuldung in den siebziger Jahren, die einzelne RGW-Länder gezwungen hat, den Import z.B. von notwendigen westlichen Investitionsgütern oder Ersatzteilen drastisch zu reduzieren. So betrug die Nettowestverschuldung 1986 für Polen 34 Mrd \$. Hinzu kommt, daß die Wirtschaften der RGW-Länder aufgrund ihrer geringen Flexibilität, Innovations- und Anpassungsfähigkeit zunehmend Schwierigkeiten haben, auf dem EG-Markt erfolgreich mit Ländern wie ASEAN zu konkurrieren. Rohstoffpreiserhöhungen und insbesondere die Ölpreisentwicklung trafen - wenn auch unterschiedlich - die Länder des RGW empfindlich. Es waren aber nicht allein diese Entwicklungen des Weltmarktes, die sich für Länder wie Ungarn, CSSR und DDR besonders negativ auswirkten, sondern auch die Rezession in den OECD-Ländern, die Turbulenzen auf den Finanzmärkten und der nur schleppend einsetzende Aufschwung, die die Position der RGW-Länder gegenüber der EG verschlechterten. Schließlich treffen handelspolitische Erschwernisse protektionistischer Natur, wie sie die EG mit Kontingentierungen und Einfuhrzöllen aufweist, die RGW-Länder mit Ausnahme der DDR. Die Bewertung der Auswirkung solcher

Hemmnisse ist kontrovers; während RGW-Länder sie als weitgehend bezeichnen, halten EG-Vertreter sie für vernachlässigbar. Die stärkere Berücksichtigung ökonomischer Faktoren bei der Vergabe von Krediten an RGW-Länder wie deren allgemeine Verschuldungsprobleme - und nicht zuletzt die Weigerung der UdSSR, sich bei der Entschuldung ihrer osteuropäischen Bündnispartner zu beteiligen - haben den Zugang zu Westkrediten erschwert und damit den Investitionsspielraum eingeengt. Die vor allem von den USA erwirkte vorübergehende Verschärfung und Ausweitung der COCOM-Restriktionen für den Technologietransfer haben die technologiepolitischen Rahmenbedingungen für den RGW weiter verschlechtert.

Westhandel oder Ost-West-Wirtschafts- und Technologie-Kooperation allein können die strukturellen Probleme der Wirtschaftsordnungen der UdSSR und der osteuropäischen RGW-Länder nicht lösen. Der Schlüssel für eine politisch und wirtschaftlich erwünschte Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen liegt in erster Linie in Strukturreformen in den RGW-Ländern selbst. Was eine EG-Ostpolitik mit den Mitteln wirtschaftlicher Zusammenarbeit aber erreichen kann, ist, die Stellung von Reformpolitikern oder Reformbewegungen in diesen Ländern zu stärken sowie Wachstums- und Strukturwandelprozesse in reformierten RGW-Ländern durch entsprechende Abkommen und Großprojekte zu unterstützen. Hierbei spielt die Gorbatschowsche Reformpolitik eine wesentliche und zukunftsweisende Rolle.

#### 4. Sowjetische Außenpolitik unter Gorbatschow

Mit dem Amtsantritt von Michael Gorbatschow als Generalsekretär der KPdSU hat in der sowjetischen Außen- und Sicherheitspolitik ein grundsätzlicher und weitreichender Wandel eingesetzt. Dies betrifft sowohl Stil als auch Substanz

dieser Politik. Ein klares Gesamtkonzept einer solchen neuen sowjetischen Politik nach außen zeichnet sich zunächst nur in Ansätzen ab; es wird Schritt für Schritt und Bereich nach Bereich vorgegangen, wobei viele Aspekte in der Führung umkämpft oder noch in der Phase des Überdenkens zu sein scheinen. Die deutliche und wachsende Kritik an der Überrüstungspolitik der Breschnew-Ära, an traditionellen Bedrohungsvorstellungen in der UdSSR, an der gegen Westeuropa gerichteten SS-20-Stationierung, am Expansionismus in der Dritten Welt und insbesondere seinem Höhepunkt im Afghanistan-Krieg machen aber deutlich, daß die neue Politik der Gorbatschow-Gruppe mehr ist als das Streben nach größerer taktischer Flexibilität.

Die Motive für diese Neuorientierung liegen zunächst im taktischen Ziel, die außenpolitische Selbstisolierung aus der ersten Hälfte der achtziger Jahre zu überwinden und die UdSSR zu beeinflussen. Sie sind aber ebenso das Produkt aus einer bereits Ende der siebziger Jahre einsetzenden internen Analyse des allgemeinen Verfalls der Weltmachtposition der UdSSR bzw. des Weltkommunismus. Darüber hinaus sind die Gorbatschowschen außen- und sicherheitspolitischen Reformen von einer systematischen Kosten-Nutzen-Kalkulation der jeweiligen Einzelpolitiken bestimmt, in der aus Sicht der UdSSR eine selbstkritische Bilanz gezogen wird, aus der politisch weitreichende Konsequenzen abgeleitet werden.

Ausgangspunkt der Neuorientierung ist die grundsätzliche Überlegung, daß zwischen Innen- und Außenpolitik ein enger Zusammenhang besteht. Damit unterscheidet sich die Politik der heutigen Führung qualitativ von der späten Breschnew-Ära, wo eine expansiv ausgelegte Außen- und Sicherheitspolitik mit globalem Anspruch in einen immer stärker und deutlicher werdenden Widerspruch zur inneren Problemlage und zur Stagnation des sowjetischen Wirtschaftswachstums geriet.

Die Feststellung Gorbatschows vor dem Zentralkomitee (s. Prawda 19.02.1988), daß in den letzten Fünfjahresabschnitten das sowjetische Nationaleinkommen faktisch keinen absoluten Zuwachs aufwies und seit Anfang der achtziger Jahre sogar Negativwachstum zu verzeichnen war, ist deshalb nicht nur eine Kritik an der bisherigen Wirtschaftspolitik, sondern auch an der politischen Gesamtkonzeption seiner Vorgänger. Um langfristig eine Weltmachtrolle zu behaupten bzw. wiederzugewinnen, muß daher angesichts aktueller Stagnation und struktureller Krise der Sanierung und Modernisierung der sowjetischen Wirtschaft absoluter Vorrang eingeräumt werden, damit angesichts der machtpolitischen Ost-West-Konkurrenz die UdSSR "ehrevoll als eine große und gedeihende Macht in das neue Jahrtausend eintritt" (Gorbatschow in Prawda 11.02.1984). Aus dieser Sichtweise ist jede Art von Überrüstung eine unnötige Bürde bzw. ist eine Reduzierung der je nach Schätzung zwischen 10 % und 20 % des Bruttosozialproduktes liegenden Verteidigungsausgaben notwendig.

Die Einsicht in den Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik hat aber nicht nur zur Verknüpfung von Weltmachtrolle und Wirtschaftsreform, sondern auch zu unmittelbaren Konsequenzen für die nukleare Rüstungspolitik geführt. Es ist weniger der Hinweis auf die seit langem bekannte Koexistenzlogik oder die bereits unter Breschnew formulierten blockübergreifenden Menschheitsinteressen, die die neue sowjetische Sicherheitspolitik kennzeichnen, sondern vielmehr die Tatsache, daß diese Einsichten konsequent in politisches Handeln umgesetzt werden. Die Hinwendung zum sozialdemokratischen Konzept der gemeinsamen Sicherheit, zur "hinreichenden" Rüstung und konkreten Abrüstungspolitik im INF- und strategischen Bereich ist nicht nur taktisch oder von Kosten-Nutzen-Kalküls, sondern auch von einer allgemeinen Furcht vor einer nuklearen Katastrophe bedingt. Die Reagansche Rüstungspolitik, die Stationierung von amerikanischen INF-Systemen in Westeuropa



und der Unfall von Tschernobyl haben diese Einsicht vertieft und aktualisiert.

Auf ideologisch-programmatischer Ebene führte dies zu neuen Akzenten bei der Interpretation der friedlichen Koexistenz. Zwar wird in Moskau auch heute auf den weiterbestehenden antagonistischen Charakter von Kapitalismus und Kommunismus und die sich daraus ergebende Fortsetzung des internationalen Klassenkampfes verwiesen. Gleichzeitig wird jedoch betont, daß sich objektive Bedingungen ergeben hätten, diese Auseinandersetzung der Systeme - im Zeichen wachsender globaler Interdependenzen und gemeinsamer Menschheitsaufgaben - abschließlich in Formen des friedlichen Wettbewerbs auszutragen. Im Rahmen der Bemühungen um eine Ent-Ideologisierung der Außenpolitik sind dabei die jüngsten sowjetischen Diskussionen über den Charakter des Imperialismus äußerst bemerkenswert. Sie beziehen sich auf die Frage, ob er von seinem Wesen her auch weiterhin als grundsätzlich aggressiv oder unter bestimmten Bedingungen als friedensfähig anzusehen ist. Würde sich die zuletzt genannte Einschätzung durchsetzen, so liefe dies auf eine einschneidende Revision der Leninschen Imperialismustheorie hinaus - mit umwälzenden Konsequenzen für die traditionelle legitimatorische Begründung der sowjetischen Außenpolitik und damit für das Verhältnis zum Westen.

Auf politisch-programmatischer Ebene fällt der sowjetischen Außenpolitik aus Moskauer Sicht vorrangig die Aufgabe zu, über die Sicherung des Friedens hinaus die innere Dynamisierung und hier insbesondere die Ressourcenumschichtung zugunsten der Wirtschaftsankurbelung gegenüber Störungen von außen zuverlässig abzusichern und die Weichen wenn möglich auf langfristig angelegte Ost-West-Kooperation umzustellen. Zugleich soll sie die Voraussetzungen für einen umfangreichen West-Ost-Technologietransfer schaffen. Dies wird nicht zuletzt in der Absicht Gorbatschows deutlich, die Sowjetunion

aktiv in das von den westlichen Industriemetropolen dominierte System internationaler Wirtschafts-, Finanz- und Handelsorganisationen einzuschalten (GATT, perspektivisch auch Internationaler Währungsfonds und Weltbank). Die Sowjetunion habe, heißt es bei Schewardnadse, mitunter "große materielle Investitionen in hoffnungslose außenpolitische Projekte" hineingesteckt und darüber die wissenschaftlich-technische Revolution sowie die strukturellen Wandlungsprozesse in der Weltwirtschaft verschlafen. Jetzt müsse die internationale Zusammenarbeit in Wirtschaft, Wissenschaft, Handel, Ökologie so gestaltet werden, daß sie "für unsere Wirtschaftsreformen maximalen Erfolg bringt" (Wesnik Ministerstwa Inostrannych Del CCCP 2/1987, Moskau, S. 30-33).

Nach einer Phase des Zögerns hat die Führungsgruppe um Gorbatschow in der sowjetischen Westpolitik wieder den Vorrang auf die sowjetischen-amerikanischen Beziehungen gelegt. Diese Prioritätensetzung spiegelt nicht nur eigenes Weltmachtsstatusverständnis wider, sondern ist auch davon bestimmt, daß die USA unter der Reagan-Administration wieder eine eindeutige weltpolitische Führungsrolle eingenommen haben. Hinzu kommen noch konkrete Interessenlagen. Die USA stellen die einzige Macht dar, die die UdSSR ernsthaft militärisch bedrohen kann. Wirtschaftsmacht und Einfluß auf die COCOM-Politik geben den USA eine wichtige Rolle für die angestrebte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen. Eine derartige allgemeine und konkrete Interessenlage wurde noch durch eine taktische Überlegung verstärkt: rasche öffentlichkeitswirksame Erfolge - notwendig zur inneren Absicherung und Legitimierung Gorbatschowscher Reformpolitik - sind nicht in der Wirtschafts-, sondern vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik erreichbar. Die Gipfeldiplomatie Gorbatschows und vor allem die Abrüstungsangebote verbanden also das Interesse an Weltmachtstatus, Reduzierung von Rüstungslasten, Schaffung eines günstigen Klimas für die Fortsetzung bzw.

Wiederaufnahme von Wirtschaftskooperation und Positionsbehauptung gegenüber Skeptikern im Inneren. Die Wende in der Reagan'schen Außenpolitik seit 1984 stellte für die Gorbatschow-Gruppe die notwendige und erwünschte historische Chance dar, die sie auch nutzte. Daß die Glasnost- und Perestroika-Kampagne auch der traditionellen amerikanischen Menschenrechtspolitik entgegenkam, war demgegenüber von zweitrangiger Natur.

Angeichts der aktuellen und strukturellen Bedeutung der USA für die Gorbatschowsche Außen- und Sicherheitspolitik ist es auch verständlich, daß die sowjetische Westeuropapolitik bislang der sowjetischen USA-Politik unter- und nachgeordnet worden ist. Es erklärt auch, warum die sowjetische Führung bislang noch kein Gesamtkonzept für das Verhältnis zu den Westeuropäern entwickelt hat und die Vorstellung vom "gemeinsamen europäischen Haus" noch nicht operationalisiert worden ist. Im Sinne traditioneller machtpolitischer Orientierung hat auch die Gorbatschow-Gruppe die politischen Konsequenzen daraus gezogen, daß die Westeuropäer bei den zentralen Rüstungskontroll- und Abrüstungsfragen nur eine untergeordnete Rolle spielen. Trotzdem scheint eine stärkere Beschäftigung mit Westeuropa die sowjetische Einsicht in die potentielle Rolle Westeuropas widerzuspiegeln. Dazu gehört erstens das sowjetische Einlenken bei den Verhandlungen des RGW und der EG, zweitens die sich in den KVAE- und KRK-Verhandlungen andeutende neue Rücksichtnahme auf westeuropäische Sicherheitsinteressen und drittens die demonstrativen Hinweise auf die Rolle Westeuropas in den Ost-West-Beziehungen. Deutliche Anzeichen sprechen dafür, daß die sowjetische Führung an einer umfassenden Westeuropakonzeption arbeitet, in der unter anderem auf den ab 1993 vorgesehenen einheitlichen EG-Binnenmarkt, auf die Rolle der EG als "eigenständiges Subjekt der Weltpolitik" (Borko in Mirowaja Ekonomika i Meshdunarodnyje Otnoschenija Nr. 2/1988, S. 35-50, Moskau) und auf die Rolle der Westeuropäer im atlantischen Bündnis Bezug genommen wird.

In der sowjetischen Osteuropa-Politik verfolgt die neue sowjetische Führung eine doppelte und sich zum Teil widersprechende Zielsetzung. Auf der einen Seite wird innere Stabilität und Bündniskohäsion angestrebt, um den Führungsanspruch und den dominanten Einfluß der UdSSR im Ostblock aufrecht zu erhalten. Auf der anderen Seite dagegen erfordern die sowjetischen außenwirtschaftlichen Interessen und das Bestreben, die militärischen und ökonomischen Belastungen durch die Bündnispartner zu verringern, sozio-ökonomische Reformen in den osteuropäischen Ländern. Diese Verbindung von Kontinuität und Wandel gibt der sowjetischen Osteuropa-Politik eine gewisse Ambivalenz und schafft für die osteuropäischen Regime einen neuen und zusätzlichen politischen Problemdruck. Während der Wunsch nach Wandel bislang im Ostblock von der Peripherie vorgetragen wurde, ist es nun das Zentrum, das auf Reformen drängt und den Reformbewegungen in den osteuropäischen Ländern eine bis dahin nicht dagewesene Legitimation verleiht.

Die Entschlossenheit der Gorbatschow-Gruppe, den Zusammenhalt des Ostblocks nicht nur aufrecht zu erhalten sondern auch noch zu verbessern, wird an zwei Maßnahmen deutlich. Die Verlängerung des Warschauer Vertrages vom April 1985 unter sowjetischen Bedingungen um weitere 20 Jahre sowie das Drängen auf eine stärkere Beteiligung der Osteuropäer bei der Verteilung der Bündnislasten macht deutlich, daß an der Grundstruktur sowjetischer Osteuropa-Politik festgehalten wird. Daß die Intensivierung von WVO-Gipfeltreffen nicht nur eine stärkere Einflußnahme der UdSSR, sondern umgekehrt auch eine mögliche stärkere Beteiligung der Bündnispartner an der Willensbildung zu zeigen scheint, steht nicht im Widerspruch dazu. Die Bemühungen um eine UdSSR-zentrierte Verflechtung der osteuropäischen Volkswirtschaften, die z.B. im RGW-Komplexprogramm des wissenschaftlich-technischen Fortschritts vom Dezember 1985 und in der begonnenen Gründung von RGW-internen joint ventures zum Ausdruck kommen, sind das wirt-

schaftliche Gegenstück. Es geht dabei darum, die Blockkohäsion militärisch über das WVO-Instrument und wirtschaftlich über das RGW-Instrument zu verbessern, den äußeren Handlungsspielraum der osteuropäischen Länder nach Möglichkeit zu begrenzen und noch stärker als bisher auf die UdSSR auszurichten und die sowjetische Vormachtstellung im Ostblock auf Dauer mit geringeren Kosten abzusichern.

Auf der anderen Seite gibt es neben einer stärkeren Bereitschaft, auf die Osteuropäer in der WVO-Willensbildung mehr Rücksicht zu nehmen, auch deutliche Anzeichen, daß die Gorbatschowsche Politik den osteuropäischen Einzelstaaten bei der jeweiligen inneren Ausgestaltung größere Spielräume zugesteht bzw. stärker als bisher spezifischen nationalen Traditionen, Bedingungen und Interessen Rechnung trägt. Daher zwingt die neue Führung den mehr traditionalistisch orientierten osteuropäischen Bruderparteien ihr Reformkonzept nicht auf. Der Übergang von Husak auf den gemäßigt-konservativen Jakes und nicht den Reformler Strougal in der CSSR, die Ablösung Kadars in Ungarn und die sowjetische Zurückhaltung in der Frage, wann und wie der Führungswechsel in der DDR vollzogen wird, zeigen die neuen Handlungsspielräume der kommunistischen Regimes in Osteuropa. Dabei läßt die Gorbatschow-Gruppe keinen Zweifel daran, daß sie eine reformorientierte Modernisierung der osteuropäischen Länder wünscht, daß sie ihre WVO- und RGW-Bündnispartner nicht auf Dauer zu alimentieren gedenkt, sondern verstärkte Eigenanstrengungen erwartet, und daß sie eine weitere Öffnung dieser Gesellschaften gegenüber dem Westen toleriert. Das Osteuropa-Konzept der neuen sowjetischen Führung läuft also letztlich auf eine weniger krisenanfällige, auf begrenzten Interessenausgleich und größeren inneren Handlungsspielraum angelegte Blockstabilisierung hinaus.

## 5. Sowjetische Außenwirtschaftspolitik unter Gorbatschow

Die grundlegende Reform des sowjetischen Außenwirtschaftskonzeptes unter Gorbatschow geht von drei Zielen aus. Erstens soll über eine stärkere Beteiligung und Mitsprache in der Weltwirtschaft der sowjetische Weltmachtanspruch langfristig auch ökonomisch abgesichert werden. Zweitens soll - ganz im Sinne des alten Entspannungskonzeptes - Außenwirtschaft die intersystemaren, d.h. Ost-West-Beziehungen, stabilisieren, Zusammenarbeit absichern und über gemeinsame Wirtschaftsinteressen strukturell verankern. Im intra-systemaren Bereich, d.h. im RGW soll Außenwirtschaft die bestehenden politischen und militärischen Abhängigkeiten ergänzen und die sowjetische Vormachtstellung auf Dauer stabilisieren. Drittens spielt das neue Außenwirtschaftskonzept eine wichtige Rolle im Rahmen der Gorbatschowschen Wirtschaftsreformen, die für seine politische Gesamtkonzeption eine zentrale Funktion besitzen. Obwohl kein Zweifel daran besteht, daß diese Reform in erster Linie von innen heraus kommen und getragen werden muß, soll die neue Außenwirtschaft entscheidende Impulse für die rasche Modernisierung des sowjetischen Wirtschaftspotentials geben, bei der zügigen Beschleunigung des sowjetischen Wirtschaftswachstums insbesondere in Schlüsselbereichen mithelfen und einen Beitrag für eine grundlegende Verbesserung der Versorgung der sowjetischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Konsumgütern und Dienstleistungen leisten. Über Außenwirtschaft soll auch ein importierter Konkurrenzdruck auf die sowjetischen Betriebe ausgeübt werden, der den Reform- und Leistungsdruck von oben, die Kontrolle durch die Medien und die stärkere Mitsprache der Bevölkerung im politischen Leben ergänzt.

Im einzelnen sind im Rahmen dieser Reformpolitik Maßnahmen in vier Handlungsfeldern eingeleitet worden. Die Reform des Außenwirtschaftssystems von 1987/88 verbindet die neugeregelt Zentralisierung der Entscheidungsbefugnisse in Außenwirt-

schaftskommission und Ministerium für Außenwirtschaftsbeziehungen mit einer Erweiterung der Befugnisse der Betriebe in einem neuen Unternehmensgesetz, der Fachministerien, einiger Zentralbehörden und von Produktionsvereinigungen in operativen Fragen der Außenwirtschaftstätigkeit. Die Bemühungen um eine stärkere Einbindung in den Weltmarkt und die institutionellen Mechanismen zur Steuerung der Weltwirtschaft haben zu einem Antrag auf Beobachterstatus im GATT, zu Kontakten zum IWF und zur Wende in den Verhandlungen mit der EG geführt. In diesem Zusammenhang dürfen auch die breitgefächerten Vorschläge für ein System der wirtschaftlichen Sicherheit und für eine gesamteuropäische Wirtschaftskonferenz im KSZE-Rahmen nicht übersehen werden.

Im Bereich des Ost-West-Handels konzentriert sich die UdSSR vor allem auf solche Handels- und Kooperationsmaßnahmen, die die neuen wirtschaftspolitischen Ziele des Gorbatschowschen Reformprogramms verwirklichen helfen; es geht hier insbesondere um neue Formen von Geschäftsbeziehungen wie z.B. Leasing, den Import von Produktivkapital mittels joint ventures und um die Schaffung eines neuen flexiblen Finanzrahmens. Im Wirtschaftsverkehr mit den RGW-Staaten Osteuropas versucht die UdSSR, die Struktur und die Qualität dieser Austauschbeziehungen zu verbessern. Dazu sind bilaterale Programme zur wirtschaftlichen und zur technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit bis zum Jahre 2000 abgeschlossen worden; das RGW-Komplexprogramm 2000 zur Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in den RGW-Ländern zielt in die gleiche Richtung. Darüber hinaus drängt aber die UdSSR auch auf einen radikalen Umbau des RGW mit einschneidenden Konsequenzen für Formen, Methoden und die Organisation der Zusammenarbeit. Auch wenn es sich hierbei nicht um einen Integrationsprozeß nach westeuropäischem Muster handelt, sind Forderungen nach Direktbeziehungen auf Unternehmensebene, nach joint ventures in differenzierten Organisationsformen, nach Straffung des institutionellen RGW-Kooperationsmechanismus,

nach erweiterter Plankoordination, Abstimmung der Wirtschaftspolitiken bis zum Jahre 2005 und nach Einbezug monetärer Fragen Schritte zu qualitativ neuen und vor allem engeren und stärker auf die UdSSR-Interessen ausgerichteten Beziehungsmustern.

Dieses ambitiöse und zeitlich weitgespannte Außenwirtschaftskonzept sieht sich aber auf absehbare Zeit vor einer Reihe von Schwierigkeiten. Erstens sind es die allgemeine Schwäche der sowjetischen Wirtschaft, die Unfähigkeit und der Unwillen zur Reform auf der mittleren und unteren Führungsebene und die immanenten Schranken des heutigen Reformkonzeptes, die von innen heraus Grenzen setzen. Zweitens hat sich der Ost-West-Handel weniger aus politischen, sondern eher aus ökonomischen Gründen verschlechtert: Sein deutlicher Rückgang hat sowohl exogene Ursachen wie Dollarverfall, Preissturz bei Rohstoffen und Energieträgern und Wachstumsprobleme in OECD-Ländern als auch endogene Ursachen wie die anhaltend hohe Energie- und Rohstofflastigkeit der sowjetischen Exporte, die Funktionsschwächen des Außenhandelsapparates und der schleppe Umbau in der sowjetischen Industrie und Landwirtschaft. Die sich aus dem Rückgang des Ost-West-Handels ergebenden Devisenprobleme setzen weitere Grenzen. Die Wachstumsverlagerung des sowjetischen Außenhandels in den RGW-Raum hat ebenfalls zu unbefriedigenden Ergebnissen geführt; so stagniert die Entwicklung der Handelsumsätze mit dem RGW. Die Gründe dafür liegen in Preissenkungen für Energieträger, in der allgemeinen Strukturschwäche dieses Warenaustausches, in der nach wie vor mangelhaften Effizienz des RGW-Kooperationsmechanismus und in erheblichen konzeptionellen Differenzen zwischen der UdSSR und einzelnen RGW-Ländern über die zukünftige Ausgestaltung des RGW. Schließlich darf nicht übersehen werden, daß die osteuropäischen Staaten angesichts der neuen sowjetischen RGW-Politik die Einengung ihres wirtschaftspolitischen Handlungsspielraums und insbesondere ihres jeweiligen

Westhandels fürchten.

## 6. Zur Einschätzung der Gorbatschowschen Reformpolitik

Unabhängig, wie das Reformwerk der Gorbatschow-Gruppe im einzelnen beurteilt wird, muß zunächst davon ausgegangen werden, daß es primär sowjetischen Interessen dient und daß die nach wie vor noch anzutreffende ideologisch-programmatische Überhöhung wie z.B. Weltrevolution, "Gesetz der Geschichte" und Sozialismus-Monopol eine völlig untergeordnete Rolle spielt. Das neue am Gorbatschowschen Politikentwurf ist seine Rationalität, die ihm zugrunde liegende Kosten-Nutzen-Kalkulation, die Wahl zeitgemäßer Politikformen und die hohe Bereitschaft, aus einer selbstkritischen Bilanz politische Konsequenzen zu ziehen. Dies bedeutet für eine westliche Ostpolitik - bilateral, über die NATO instrumentiert und als EG-Ostpolitik - auf der einen Seite eine Herausforderung und auf der anderen Seite die Chance, über die Berücksichtigung konkreter politischer, ökonomischer oder sicherheitspolitischer Interessen der UdSSR Verhandlungslösungen durchzusetzen und einen friedlichen Interessenausgleich aufzubauen. Im Bereich von Rüstungskontroll-, KSZE- und EG-Verhandlungen heißt dies, auf legitime sowjetische Interessen einzugehen, ohne den eigenen politischen Anspruch aufzugeben.

Bei der Frage, ob es sich bei den Gorbatschowschen Reformen und insbesondere seiner neuen Politik gegenüber dem Westen um einen taktisch motivierten Zeitkauf oder um eine auf Dauer angelegte strategische Wende handelt, spricht vieles für die zweite Interpretation. Gorbatschow bezeichnet sein Reformwerk als Langfristprogramm für mehrere Generationen; bei seinen wichtigsten Planern und Beratern handelt es sich um eine Personengruppe mit intensiven Westereifahrungen, die eine Rückkehr in eine politische und wirtschaftliche Selbstisolation für unsinnig halten; der Zusammenhang von politischen,

wirtschaftlichen, außen- und sicherheitspolitischen Reformen erfordert eine Politik des langen Atems, und die bislang eingeleiteten Reformen zielen in einer Reihe von Bereichen auf strukturelle und irreversible Veränderungen. Damit entsteht für den Westen die Chance, zu einer grundsätzlichen anderen Qualität der Ost-West-Beziehungen zu kommen. Dabei würde die konsequente Fortsetzung Gorbatschowscher Politik eine qualitativ neue Entspannungspolitik in Europa ermöglichen, über die schrittweise das Ziel einer gesamteuropäischen demokratischen Friedens- und Wohlfahrtsordnung verwirklicht werden kann.

Nach wie vor ist es aber unbestimmt, ob, wie lang und in welchem Ausmaß die Gorbatschowsche Reformpolitik fortgesetzt wird. Dies ist nicht nur eine Frage der innenpolitischen Machtkonstellation, sondern auch, ob und wie auf Dauer der notwendige Innovationsprozeß in den Führungsgruppen und in der Bevölkerung verankert werden kann. Daraus ergibt sich für die westliche Politik, Rückversicherungspositionen aufzubauen bzw. die Risiken einer neuen Entspannungspolitik sorgfältig zu begrenzen - insbesondere im sicherheitspolitischen Bereich.

Obwohl die politischen Reformen, die neuen Außen- und insbesondere die neue Rüstungskontrollpolitik sowie eine funktionierende und wachsende Sowjetökonomie im westlichen Interesse liegen, sind die Möglichkeiten der Einflußnahme auf Verlauf und Dynamik der Reformen von außen begrenzt. Die Wandlungsprozesse in der sowjetischen Gesellschaft müssen sich, sollen sie tiefgreifend sein und langfristig wirken, in erster Linie aus einer innersowjetischen Dynamik entwickeln. Dies gilt auch für eine konsequente Rüstungskontrollpolitik, die letztlich zu einem politischen Bedeutungsverlust des sowjetischen Militärs und der sowjetischen Rüstungsindustrie führt und gerade daher des breiten politischen Konsens im Inneren bedarf. Zusätzlich zu der allgemeinen historischen Chance,

die die neue sowjetische Politik für den Westen bietet, gibt es aber noch eine aktuelle historische Chance. Diese ergibt sich aus der nach wie vor instabilen Machtposition Gorbatschows, dem daraus resultierenden Erfolgszwang und der Tatsache, daß die politischen und wirtschaftlichen Reformen noch Jahre brauchen, um sichtbare Erfolge hervorzubringen. Eine aktive westliche Politik, die diese Interessen der Gorbatschow-Gruppe berücksichtigt und konstruktive Vorschläge zur Rüstungskontrollpolitischen, wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit vorlegt, kann nicht nur leichter und bessere Resultate erzielen, als dies in der Vergangenheit möglich war oder nach 4-5 Jahren noch der Fall sein wird, und indirekt zur Unterstützung des Gorbatschowschen Reformwerks beitragen. So gibt es sehr wohl und gerade jetzt Möglichkeiten, auf die Gestaltung der Gorbatschowschen Politik Einfluß zu nehmen.

Die allgemeine historische Chance für eine neue Qualität im Ost-West-Verhältnis und die jetzt dafür bestehenden Chancen dürfen nicht dazu verführen, bei vitalen westlichen Interessen oder politischen Grundforderungen des Westens Abstriche zu machen. Dies gilt für Fragen der Sicherheit, der Menschenrechte bzw. der politischen Freiheitsrechte in Osteuropa und der Erweiterung von innen- und außenpolitischen Freiheitsspielräumen in Osteuropa. Dies muß in bilateralen, den multilateralen KSZE- und auch den Verhandlungen der EG mit dem RGW bzw. mit den osteuropäischen Ländern berücksichtigt werden. Von daher ist der parallele Ansatz der EG mit Priorität auf den bilateralen Beziehungen politisch sinnvoll und richtig.

Eine neue, intensiviertere und die Möglichkeiten der Gorbatschowschen Politik nutzende Ostpolitik muß nicht nur außen- und sicherheitspolitische Ziele verfolgen sondern sollte auch die langfristigen ökonomischen Möglichkeiten einer reformierten Sowjetwirtschaft bzw. eines verstärkten Ost-West-Handels sehen. Handelsverträge, Wirtschaftskooperation usw. sind nicht nur geeignet, die Bereitschaft der UdSSR zu Kompro-

missen in Rüstungskontrolle und Osteuropapolitik zu vergrößern und den Willen zur friedlichen Zusammenarbeit zu stärken. Sie liegen auch im langfristigen Wirtschaftsinteresse des Westens.

## 7. Aufgaben für eine Debatte über die Ostpolitik der EG

Bei der Diskussion einer ostpolitischen Konzeption für die EG geht es vor allem um Antworten auf folgende Fragen:

1. Wie entwickelt sich das Gorbatschowsche Reformprogramm weiter und welche Folgen hat dies für westliche Politik?
2. Welche ostpolitischen Kompetenzen und Arbeitsaufgaben soll die EG gegenüber den nationalen Ostpolitiken und der Nato-Ostpolitik erhalten und welcher Art von Arbeitsteilung soll zwischen EG-Kommission, Europa-Parlament und EPZ vereinbart werden?
3. Welche Zielsetzungen sollen mit welcher Priorität verfolgt werden (Frieden, Demokratie und Menschenrechte, ökonomisches Interesse, Umwelt) und soll es allgemeine Verbindungen zwischen ihnen (linkages) geben?
4. Wie sieht ein ideales Ordnungsmodell für Gesamteuropa in bezug auf wirtschaftlich-technischen Fortschritt, Frieden, Demokratie und Rolle in der Weltpolitik aus?
5. Welche politischen Rason soll hinter einer EG-Ostpolitik stehen, wie weit soll sie gehen und welche Mittel kann und soll sie einsetzen?

6. Wie soll der parallele Ansatz der EG-Kommission im einzelnen verfolgt und wie gebündelt werden? Wie weit sollen insbesondere die EG-RGW-Rahmenvereinbarungen lanfristige gehen?
7. Soll der KSZE-Ansatz einer Verbindung von governementaler und zwischengesellschaftlicher Ostpolitik übernommen werden - und wenn ja, wie?
8. Wie kann zwischen SPD und Sozialistischer Fraktion, zwischen Sozialistischer Fraktion und anderen Fraktionen sowie zwischen EP und EG-Kommission Konsens über die Grundlinien einer solchen Ostpolitik erreicht werden und welche Rolle soll dabei die deutsche Gruppe spielen?
9. Welche Ziele, Mittel und Strategien sollen in den Bereichen Ökonomie/Technologie, Umwelt, Frieden/Sicherheit und Demokratie/Menschenrechte von der EG verfolgt werden?